

Stellungnahme der Beauftragten der Arbeitgeber zum Berufsbildungsbericht 2010

Der Ausbildungsmarkt 2009 war gekennzeichnet durch die Wirtschafts- und Finanzkrise sowie den demografiebedingten Bewerberrückgang. Angesichts des Ausmaßes der Wirtschaftskrise mit dem stärksten Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (5 Prozent) in der Nachkriegszeit, ist die Situation auf dem Ausbildungsmarkt deutlich besser, als man erwarten konnte. Zum zweiten Mal in Folge überstieg bereits Ende September die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze die Zahl der noch unvermittelten Jugendlichen deutlich. Im Zuge der Nachvermittlungsaktionen der Paktpartner konnte die Zahl der unvermittelten Bewerber trotz Krise weiter reduziert werden.

Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt 2009

Die Wirtschaftskrise hat sich auch auf dem Ausbildungsmarkt ausgewirkt: So ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um 8,2 Prozent bzw. 50.340 auf 566.004 zurückgegangen. Neben der wirtschaftlichen Situation ist dafür auch der demografiebedingte Rückgang der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Bewerber für Berufsausbildungsstellen (-14 Prozent) verantwortlich. Die Zahl der Schulabgänger war 2009 um 4 Prozent rückläufig.

Die Partner des Ausbildungspaktes konnten auch für 2009 eine positive Bilanz der gemeinsamen Paktbemühungen ziehen – dank des großen Engagements der ausbildenden Unternehmen und der Paktpartner: Die Paktzusagen wurden trotz schwierigster wirtschaftlicher Rahmenbedingungen erneut erfüllt. Der demografiebedingte Bewerberrückgang führte in manchen Regionen u. a. dazu, dass zahlreiche ausbildungswillige Betriebe keine ihren Anforderungen entsprechenden Bewerber/innen finden und Ausbildungsplätze nicht besetzt werden konnten.

Laut Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit hat sich die Zahl der zum 30. September 2009 unversorgten Bewerber erneut verringert. Als unversorgte Bewerber waren in den Agenturen für Arbeit zu diesem Zeitpunkt noch 9.600 Bewerber erfasst, das waren 4.900 weniger als im Vorjahr. Im Zuge der Nachvermittlung konnte diese Zahl um weitere 5.300 auf lediglich 4.400 unversorgte Bewerber zum Ende der Nachvermittlung reduziert werden (Januar 2009: 6.000). Diesen noch unversorgten Jugendlichen standen noch ausreichend Angebote zur Verfügung, darunter 11.100 unbesetzte EQ-Plätze.

Die Bank der Arbeitgeber stimmt der Einschätzung der Bundesregierung zu, dass sich mit einer Angebots-Nachfrage-Relation von 101,3 die Ausbildungsmarktsituation für die Jugendlichen trotz Wirtschaftskrise und Vertragsrückgängen sogar verbessert hat. Auf die widersprüchliche Angabe einer sog. Erweiterten Angebots-Nachfrage-Relation sollte im Berufsbildungsbericht hingegen verzichtet werden.

Ausblick auf das Ausbildungsjahr 2010

Die Wirtschaftskrise und die Demografie werden auch im Jahr 2010 die Ausbildungssituation prägen. Die Erfahrungen mit dem Krisenjahr 2009 haben gezeigt, dass die Betriebe trotz schwieriger Geschäftsaussichten und vielfach großer Umsatzrückgänge wegen vorausschauender Personalpolitik versuchen, ihr hohes Ausbildungsengagement aufrechtzuerhalten, um sich auch mittelfristig Fachkräftenachwuchs zu sichern. Laut Prognose der Kultusministerkonferenz werden im Jahr 2010 rund 25.000 Jugendliche (-3 Prozent) weniger die Schulen verlassen als 2009; bei den Haupt- und Realschülern – den Hauptnachfragern nach Ausbildungsplätzen – beträgt der Rückgang sogar 4 Prozent. Dies kann zwar grundsätzlich für eine Entlastung des Ausbildungsmarktes sorgen. Allerdings wird es für die Unternehmen 2010 abermals schwieriger werden, passende Bewerber zu finden. Insbesondere in den neuen Bundesländern ist zu befürchten, dass viele Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben.

Effizientere Gestaltung des Übergangssystems

Die Wirtschaft stimmt mit der Bundesregierung überein, dass das Übergangssystem effizienter gestaltet werden muss. Die Erfahrungen mit den verschiedenen Förderinstrumenten zeigen, dass Jugendlichen der Einstieg in Ausbildung am ehesten bei einer betriebsnahen Berufsausbildungsvorbereitung gelingt. Einstiegsqualifizierungen haben sich in diesem Zusammenhang als ein besonders erfolgreiches Instrument des Nationalen Ausbildungspakts erwiesen: Zwei von drei Jugendlichen schließen unmittelbar nach einer Einstiegsqualifizierung einen Vertrag für eine betriebliche Ausbildung ab.

Derzeit ist noch unklar, welche Rolle der im Berufsbildungsbericht erwähnte Vorschlag für ein Programm „Bildungsketten“ bei der effizienten Gestaltung des Übergangssystems spielen kann. Es ist zwar richtig, dass insbesondere lernschwächere Jugendliche von einer individuellen Betreuung profitieren. Jedoch ist bisher bei diesem Vorschlag noch unzureichend geklärt, wie er sich von bereits bestehenden Initiativen (z.B. den Berufseinstiegsbegleitern) abgrenzt bzw. diese ergänzt. Die Wirtschaft befürchtet, dass die bisher bereits kaum zu überblickende Förderlandschaft im Bereich des Übergangssystems noch stärker vergrößert wird – mit einem weiteren befristeten Modellvorhaben. Statt der Auflage neuer Förderinitiativen sollte daher zwingend zunächst geprüft werden, wie die bestehende Förderlandschaft gestrafft werden kann und erfolgreiche Beispiele nachhaltig in die Fläche getragen werden können.

Bei allen Überlegungen zur effizienten Gestaltung des Übergangssystems sollte auch immer der Blick auf die allgemein bildenden Schulen gerichtet werden. Zu viele Jugendliche verlassen die Schule ohne das erforderliche Rüstzeug für Ausbildung, laut PISA knapp 20 Prozent. Maßgeblich für die Reduktion der Anzahl der Jugendlichen im Übergangsbereich ist eine deutliche Absenkung der Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss, wie es Bund und Länder im Rahmen ihrer Qualifizierungsinitiative anstreben. Würde die angestrebte Halbierung der Quote der Schulabgänger ohne Abschluss bis zum Jahr 2015 gelingen, könnte die Zahl der Jugendlichen im Übergangssystem – und damit auch die Zahl der Altbewerber – wesentlich reduziert werden. Auch mit Fortschritten bei der verbindlichen und systematischen Berufsorientierung in den Schulen könnten wichtige Beiträge zur Verschlankung des Übergangssystems geleistet werden. Wichtig für Verbesserungen beim Thema Ausbildungsreife ist eine sachliche Diskussion.

Rahmenbedingungen für lebenslanges Lernen verbessern

Fähigkeiten und Kompetenzen müssen an sich ändernde Anforderungen angepasst werden, um sowohl die Beschäftigungsfähigkeit jedes Einzelnen wie auch die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zu sichern. Lebenslanges Lernen muss stärker als Aufgabe gesehen und in die Praxis umgesetzt werden. Dafür müssen die Rahmenbedingungen stimmen.

Hierzu gehört ein durchlässiges Bildungssystem. Es darf im Bildungssystem keine Sackgassen geben. Nach einzelnen Bildungsabschlüssen müssen sich neue Bildungswege eröffnen. Vor diesem Hintergrund ist es sehr zu begrüßen, dass 2009 zahlreiche Länder – anknüpfend an den entsprechenden Beschluss beim Bildungsgipfel im Oktober 2008 in Dresden – den Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte ohne formale Hochschulzugangsberechtigung geöffnet haben. Dies kann aber nur der erste Schritt sein: Hochschulen müssen beispielsweise ihre Auswahlverfahren so gestalten, dass auch die Kompetenzen von beruflich Qualifizierten anerkannt werden. Zudem müssen verstärkt berufsbegleitende Studienangebote geschaffen werden, die auch Berufstätigen ein Studium ermöglichen.

Mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem ist auch ein wesentliches Ziel des Deutschen Qualifikationsrahmens (DQR). Durch seinen bildungsbereichsübergreifenden Ansatz und die Orientierung an Kompetenzen ermöglicht er die Vergleichbarkeit von Qualifikationen, die in unterschiedlichen Bildungsbereichen erworben wurden. Wichtig ist, dass Qualifikationen ausschließlich aufgrund der im DQR beschriebenen umfassenden Handlungskompetenz zugeordnet werden. Sämtliche Niveaus des DQR müssen allen Bildungswegen offenstehen.

Nur so kann Transparenz geschaffen, die Gleichwertigkeit von beruflicher und hochschulischer Bildung befördert und ein Mehrwert für den Arbeitsmarkt gewährleistet werden. Die aktuelle Erprobungsphase muss dazu genutzt werden, die Handhabbarkeit und Praxistauglichkeit des DQR-Entwurfs zu überprüfen und ihn ggf. zu überarbeiten. Nur so kann die Akzeptanz der späteren Nutzer gewährleistet werden.

Um das lebenslange Lernen weiter zu befördern, sollten darüber hinaus gezielt Beratungs- und Begleitangebote gestärkt werden. Hierbei muss es darum gehen, insbesondere jene anzusprechen, die bisher noch wenig an Weiterbildung partizipieren. Es sollte konkret geprüft werden, wo hier Handlungsbedarf besteht und wo ggf. gezielte Initiativen sinnvoll sind.

Transparenz von Qualifikationen in Europa fördern

EQR und DQR sind wichtige Instrumente für eine verbesserte Transparenz von Qualifikationen in Europa. Beide Qualifikationsrahmen sind dazu geeignet die Durchlässigkeit zwischen den europäischen Bildungssystemen einerseits sowie – wie bereits dargestellt – innerhalb des deutschen Bildungssystems andererseits zu befördern.

Bezüglich ECVET muss zunächst erprobt werden, ob und in welchem Umfang sich dieses freiwillige Instrument im deutschen Berufsbildungssystem anwenden lässt. Eine Verwendung von Leistungspunkten wird vornehmlich im Bereich der transnationalen Mobilität in der beruflichen Aus- und Weiterbildung gesehen.

Grundsätzlich ist zu berücksichtigen, dass EQR, ECVET sowie der Europäische Bezugsrahmen für die Qualitätssicherung EQARF bei der Beförderung der sogenannten "learner's mobility" nur eine unterstützende Rolle spielen können. Unerlässlich ist der Auf- bzw. weitere Ausbau entsprechender Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für Unternehmen und Lernende.

KURATORIUM DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT FÜR BERUFSBILDUNG
Ollenhauerstraße 4 - 53113 Bonn - Telefon 0228 / 91523-0
kwb@kwb-berufsbildung.de - www.kwb-berufsbildung.de